Nummer 301

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Mittwoch, 2. Juli 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Für Manuskripte keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Lüg er, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Berliner, Inseratenteil: i. V.: H. Lotze, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Akt. ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $. Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Peseten, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Reichsrat und Deckungsprogramm.

Erst Donnerstag die Entscheidung.

Infolge der Rheinlandfeiern, an denen sich zahlreiche Mitglieder des Reichsrates beteiligten, haben sich die Beratungen der Reichsratsausschüsse über das neue Deckungsprogramm verzögert. Die ursprünglich auf Dienstag angesetzte Vollsitzung des Reichsrates mußte auf den Donnerstag verschoben werden. Am Donnerstagvormittag wollen die Reichsratsausschüsse noch eine zweite Lesung der Vorlagen abhalten, ehe das Programm an das Plenum des Reichsrates gelangt.

Im Reichstag hielt gestern die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine längere Beratung über das Deckungsprogramm ab, die sich bis in die späten Nachtstunden hineinzog. An der Sitzung nahm auch Reichsaußenminister Dr. Curtius teil, der, wie verlautet, über seine Haltung im Kabinett ausführlich berichtete. Seine Mitteilungen wurden jedoch für vertraulich erklärt. Auch Beschlüsse hat die Fraktion nicht gefaßt. Soviel man hört, ist die Stimmung in der Fraktion im allgemeinen gegen eine Annahme der Deckungsvorlagen in der vorliegenden Form. Die Fraktion ist jedoch bereit zu verhandeln und wird zunächst einmal versuchen, festzustellen, ob und inwieweit die Regierung gewillt ist, in den bevorstehenden Verhandlungen den Forderungen der Deutschen Volkspartei zu entsprechen. Die Fraktion wird voraussichtlich zum Deckungsprogramm eine Reihe von Abänderungsanträgen stellen, die bereits in Vorbereitung sind, aber ihre Schlußredaktion erst erfahren sollen, wenn das Ergebnis der Reichsratsberatungen über das Deckungsprogramm vorliegt.

Der Berliner Etat einstimmig abgelehnt!

Der Berliner Etat, dessen Schicksal noch bei der letzten Stadtverordnetensitzung am vorigen Freitag ungewiß war, ist gestern einstimmig (!) mit 201 : 0 Stimmen abgelehnt worden. Ein Abstimmungsergebnis, das in der Geschichte der Berliner Kommunalpolitik wohl einzig dasteht. Nun hat der Oberpräsident das Wort.

(Näheres siehe Seite 5.)

Belgiens Antwort auf das Briand-Memorandum.

EP **Brüssel**, 1. Juli.

Die belgische Antwort auf das Memorandum Briands wird von den zuständigen Stellen ausgearbeitet. Die Note dürfte in einigen Tagen fertiggestellt sein und Ende nächster Woche nach Paris abgehen. Sie wird eine freudige Zustimmung zu dem Memorandum sein, aber auch eine wichtige Bemerkung enthalten, die in den übrigen Ländern Europas sicher mit großem Interesse vermerkt werden wird. In gutunterrichteten Kreisen verlautet, Außenminister Hymans werde in der Antwort die Ansicht zum Ausdruck bringen, daß nicht die Politik die Wirtschaft beherrschen müsse, welchen Standpunkt Briand vertritt, sondern umgekehrt, die Wirtschaft müsse vor der Politik den Vorrang haben. Den wirtschaftlichen Faktoren müsse in der heutigen Lage Europas die erste Stelle vor politischen Erwägungen eingeräumt werden. Es dürfte zum mindesten kein Unterschied zwischen den beiden Problemen gemacht werden. Die Note wird bestimmte Fälle, wie z. B. den Mißerfolg der Zollfriedenskonferenz, anführen. Daraus und aus der allgemeinen wirtschaftlichen Depression wird der Schluß gezogen, daß man sich vielmehr als bisher mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Europas beschäftigen müsse.

Europäischer Zollverein und Briand-Memorandum.

Paris, 1. Juli.

Der Kongreß des Europäischen Zollvereins hat heute vormittag seine zweite Sitzung abgehalten. U. a. wurde das Briandsche Memorandum über die föderative Gestaltung Europas vom Gesichtspunkt des Zollwesens aus behandelt. Als Referent zu dem Thema hob Prof. Truchy vom Institut de France dabei das Ineinandergreifen der politischen und wirtschaftlichen Fragen hervor. Nach einer Diskussion, in die auch der deutsche Delegierte Dr. Stern-Rubarth eingriff, wurde einmütig die Notwendigkeit betont, zu einer allgemeinen europäischen Zollgemeinschaft zu gelangen, und zwar auf dem Wege, daß sich benachbarte Nationen zunächst zu Zollvereinen zusammenschließen und diese verschiedenen Gruppen später zusammengefaßt werden. Der frühere französische Minister, Abgeordneter Durand, referierte sodann über die Frage eines europäischen Postvereins und einer einheitlichen europäischen Briefmarke.

Das Netz um Deutschland.

Die „Entente cordiale" der französischen Vasallenstaaten. Kundgebung gegen Friedensdiktat-Revision. — Zusammenkunft zwischen König Carol und König Alexander?

Bukarest, 1. Juli.

Zu Ehren des hier weilenden südslawischen Ministers des Aeußeren Marinkowitsch gab die Regierung ein großes Essen, an dem auch die Minister sowie die Mitglieder der südslawischen und der tschechoslowakischen Gesandtschaft teilnahmen.

Der Minister des Aeußern, **Mironescu**, hielt eine Rede, in der er Marinkowitsch im Namen der Regierung und des Volkes Rumäniens willkommen hieß und ihn als Vertreter der tapferen südslawischen Nation begrüßte, die mit dem rumänischen Volke verbunden sei durch jahrhundertelange Freundschaft, durch ein politisches Bündnis und durch die verwandschaftlichen Bande ihrer Herrscherhäuser. Er rühmte sodann die politische Tätigkeit Marinkowitschs, der loyal die gemeinsamen Interessen beider Länder verteidige, und erinnerte an die enge Zusammenarbeit mit dem tschechoslowakischen Minister des Aeußern, Benesch. Mironescu führte ferner aus: Der Friedensgedanke bildet die Grundlage des Bündnisses beider Staaten und des gemeinsamen Bündnisses mit der Tschechoslowakei; denn

diese Allianzen sollen den Frieden sichern, von dem die Ruhe der Welt abhängt.

Der Friede wird gesichert sein, sobald eine aufrichtige (!) Annäherung der Völker verwirklicht ist. Die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, an die Verträge zu rühren, rufen die Gefahr einer neuen Weltkatastrophe hervor. Die Wirtschaftskrise wird durch aufrichtige und tätige Zusammenarbeit der verschiedenen Nationen gemildert werden. Wir sind entschlossen, das politische Bündnis unserer beiden Länder, das sich als innige und freundschaftliche Einigkeit der zwei Völker ausmacht, durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken.

Marinkowitsch dankte darauf Mironescu für seine Worte und fügte hinzu:

Indem ich mich um die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Kleinen Entente bemühe, handele ich entsprechend dem Willen des Königs von Südslawien und meiner eigenen Ueberzeugung. Die Stellung der Kleinen Entente hat sich beträchtlich verstärkt. Die Aufrechterhaltung des Friedens und die Einhaltung der Verträge entspricht der allgemeinen Tendenz des neuen internationalen Lebens. Die enge Zusammenarbeit unserer drei Länder spielt dabei eine große Rolle. Was die wirtschaftlichen Probleme betrifft, so gilt es, neue Methoden zu suchen und neue Wege zu beschreiten. Die Kleine Entente darf nicht zögern, die Initiative zu ergreifen. Vor allem sind Rumänien und Südslawien berufen, sich zu verständigen, um eine solche Initiative zu ermöglichen. Dieses gemeinsame, auf den Interessen beider Länder beruhende Vorgehen wird sicherlich den allgemeinen Interessen entsprechen. Im Namen meiner Regierung erkläre ich, daß ich bereit bin, alles zu tun, was diesen Zwecken dient. Ich rechne auf die persönliche Mitarbeit des Ministers des Aeußeren Mironescu und bin sicher, daß die Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden. Marinkowitsch schloß mit einem Trinkspruch auf König Carol II., das Königliche Haus und die Wohlfahrt Rumäniens und des rumänischen Volkes.

Bukarest, 1. Juli.

Die rumänische Presse kommentiert in freundlich gehaltenen Artikeln die Anwesenheit des jugoslawischen Außenministers Marinkowitsch in der rumänischen Hauptstadt und bezeichnet die Meldung, daß bei der Audienz, die König Carol dem südslawischen Minister gewährte, die Frage einer Begegnung zwischen König Carol und König Alexander von Jugoslawien besprochen wurde. Der Ort der Zusammenkunft sei jedoch noch nicht bestimmt worden.

Ursachen der Weltwirtschaftskrise.

Entschließungen der Internationalen Handelskammer.

Paris, 1. Juli.

Der Vorstand der Internationalen Handelskammer hat im Verlaufe seiner Session, die seit dem 27. Juni unter dem Vorsitz von Theunis in Paris tagte, eine Reihe von Entschließungen angenommen. Die wichtigste dieser Entschließungen bringt zum Ausdruck, daß die kritische Lage der Weltwirtschaft hervorgerufen sei erstens durch die Erhöhung der Produktionsfähigkeit, die das Anwachsen der Bevölkerung überspeist, durch die Erhöhung der Massenfabrikation und durch den Wunsch zahlreicher Länder, eine vollständige industrielle Wirtschaft zu erlangen; zweitens durch den Unterverbrauch, der sich aus einer ernsten Landwirtschaftskrise und durch Schließung gewisser großer Absatzmärkte ergebe. Deshalb richtet die Internationale Handelskammer an die Regierungen und die öffentliche Meinung aller Länder die Forderung, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, die den internationalen Wirtschaftsausgleich begünstigen könnten, und daß die Internationale Zahlungsbank und die europäischen Banken alles tun, was in ihrer Macht steht, um die übertriebene Anhäufung von Goldbeständen zu vermeiden, die Kreditgewährung zu mäßigen Zinssätzen zu ermöglichen, und den freien Kapitalverkehr zu erleichtern.

Ferner beschloß der Vorstand, den Regierungen die Ratifizierung der von der Genfer Konferenz angenommenen handelspolitischen Verträge zu empfehlen.

Die Wirtschaftsbesprechungen in Wien.

Um Steuersenkung und Verwaltungsabbau.

Wien, 1. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses der Wirtschaftskonferenz wurden die Grundsätze der Zoll- und Handelsvertragspolitik erörtert, wobei die Notwendigkeit der Hilfeleistung für die notleidende Getreidewirtschaft besonders hervorgehoben wurde. Auch die Frage des Abbaus der Kosten der öffentlichen Verwaltung und im Zusammenhang damit die Ermäßigung der Bundes-, Landes- und Gemeindeabgaben, besonders jener, welche die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produktion schwer hemmen, wurden behandelt. Einen breiten Raum in der Aussprache nahm das Verhältnis zwischen Preisen und Gestehungskosten ein, wobei allgemein die Ansicht vertreten wurde, daß der Abbau der Gestehungskosten eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei.

Bundeskanzler **Dr. Schober** faßte zum Schluß die Ergebnisse der Aussprache dahin zusammen, daß es der Wunsch aller sei, die Untersuchung durch die Wirtschaftskommission fortzusetzen, um für die Maßnahmen der Regierung die notwendigen Unterlagen bereitzustellen, wobei es sich vor allem um die Steuersenkung und den Verwaltungsabbau handele.

Neues Vertrauensvotum für Tardieu.

TU **Paris**, 1. Juli.

Die Beratung der Nachtragskredite in Kammer und Senat zog sich bis Dienstag um 5 Uhr morgens hin, wobei das Kabinett Tardieu sich zeitweilig in einer schwierigen Lage befand. Während die Regierung im Einvernehmen mit dem Senat die Abtrennung zweier Artikel bezüglich der Erhöhung der Zuschüsse für an Tuberkulose leidende Kriegsteilnehmer und Pensionsgewährung an die Eltern gefallener Frontsoldaten forderte, trat die Kammer für die Einbeziehung in die besondere Vorlage ein. Nach zwei kleinen Abstimmungsniederlagen des Kabinetts stellte Tardieu die Vertrauensfrage und konnte bei der Schlußabstimmung über die Gesamtvorlage eine Mehrheit von 59 Stimmen (324 gegen 265) erzielen.

Pandit Nehru verurteilt.

EP **Allahabad**, 1. Juli.

Der Präsident des allindischen Kongresses, Pandit Motilal Nehru, und der Generalsekretär des Kongresses, Syed Mahmud, die gestern plötzlich verhaftet wurden, sind heute wegen Störung des politischen Friedens zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Beide lehnten es ab, vor Gericht irgendwelche Erklärungen abzugeben oder Fragen zu beantworten.

Bombay, 1. Juli.

Der Führer der Gandhi-Freiwilligen, Pandit Nehru, ernannte vor seiner Verhaftung den Bruder des ehemaligen Vorsitzenden der indischen Gesetzgebenden Versammlung, **Vallabhai Patel, zu seinem Nachfolger.**

Enthüllte nationalsozialistische Taktik.

Von

Georg Schröder. *)

Wer sich gestern mit der nationalsozialistischen Taktik auseinandersetzen hatte, dem fiel die Aufgabe zu, sie als verfehlt darum zu bezeichnen, weil die NSDAP. ihre Forderungen und Gedanken, die wir in dem vorhergehenden Artikel gekennzeichnet haben, mit einer revolutionären Methode, die über die Straße führt, durchzusetzen beabsichtigte. Heute stehen wir nun vor der überraschenden Tatsache, daß nur noch eine Minderheit innerhalb der NSDAP. den gekennzeichneten Standpunkt vertritt. Es ist die Gruppe, die sich um die beiden Brüder Strasser gebildet hat, der auch der Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow zuzurechnen ist. Dieser Kreis, der vorläufig nur eine kleine Minderheit hinter sich gebracht hat und von dessen Angehörigen in diesen Tagen schon zwei aus der Partei ausgeschlossen sind, wobei es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann auch die Brüder Strasser selber der Partei den Rücken kehren müssen, dieser Kreis also betont nicht nur stärker den Sozialismus — das tut Goebbels schließlich ebenfalls, wenn auch aus rein demagogischen Gründen —, sondern er lehnt jede Regierungsbeteiligung ab, ist konsequenter Weise auch gegen jegliche Arbeit der Nationalsozialisten in den Parlamenten. Der Standpunkt dieser Gruppe wird am treffendsten mit einem Satz des Abgeordneten Gregor Strasser belegt: „Da wir die Katastrophe, die nach unserer Ueberzeugung die liberalistische Formenwelt zuzieht, wollen, unterlassen wir jedes Eingreifen unsererseits, ja sogar hindern wir nach Kräften jedes anderweitige Eingreifen, das den Eintritt dieser Katastrophe hinausschieben könnte. Mit einem Wort: Wir treiben Katastrophen-Politik, weil nur die Katastrophe, das ist der Zusammenbruch des liberalen Systems, die Bahn frei macht für jenen Neuaufbau, den wir Nationalsozialismus nennen ... Alles was der Beschleunigung des Katastropheneintritts dient, so z. B. jeder Streik, jede Regierungskrise, jede Machtzersetzung, jede Systemschwäche (die Abschaffung der Todesstrafe, Pazifismus usw.) ist gut, sehr gut für uns, für unsere deutsche Revolution, und immer und stets ist es unser Bestreben, solche Schwierigkeiten zu verschärfen, zu vertiefen, zu verlängern, um den Tod des Systems rascher herbeizuführen."

Dieser Gedankengang ist konsequent, er entspricht im übrigen auch dem ganzen Vorgehen der Nationalsozialisten in den letzten Jahren, die ja alle nationalen Kreise, die positive Opposition wollen, der Schlappheit bezichtigen und z. B. auch den Stahlhelm wegen seiner Parole „Hinein in den Staat" auf das heftigste befehdeten. Im übrigen fehlt nur ein Wort: nämlich das, daß alle Kreise, die noch etwas ihr eigen nennen, daß Landwirtschaft und Industrie die Opfer dieser konsequenten nationalsozialistischen Politik sein würden. Aber wir können uns es heute ersparen, mit weiterausgreifenden Argumenten die Verfehltheit dieser Taktik darzulegen. Denn das besorgen die Nationalsozialisten augenblicklich selber!

Am Tage der Sachsenwahl hat Dr. Goebbels in seinem Organ, dem „Angriff", ein grundsätzliches Bekenntnis für die Regierungsbeteiligung abgelegt, das eben die erwähnte Widerlegung jener Taktik enthält, die die Nationalsozialisten durch Jahre hindurch propagiert haben und die ein Mann wie Strasser, der das Gesagte allzu wörtlich genommen hat, noch heute vertritt. Warum müssen wir uns an Koalitionsregierungen beteiligen, so fragt Goebbels. In seiner Antwort weist er darauf hin, daß der Zusammenbruch dieses Systems nicht zwangsläufig sei, daß es in seinen bisherigen Katastrophen vielmehr noch immer einen Ausweg gefunden hätte, außerdem könnten, wenn man abwarte, am Ende die letzten seelischen Widerstandsreserven, welche die deutsche Opposition noch einzusetzen habe, verkümmert und aufgerieben sein, und endlich warte auf der gegnerischen Seite auch noch jemand auf den Zusammenbruch, nämlich der Bolschewismus. „Deutschland hat nicht beliebig Zeit", ruft Goebbels aus.

Man verbrennt also heute, was man noch gestern angebetet hat. Und dabei schießt man gleich wieder über das Ziel hinaus, wie das ja für die Nationalsozialisten charakteristisch ist. Man sollte für die Zukunft festhalten, daß Goebbels in dem genannten Artikel die Beteiligung an Koalitionsregierungen indirekt als den einzig gangbaren Weg bezeichnet. Und das paradoxerweise in einem Augenblick, in dem die weitesten Kreise des deutschen Bürgertums davon überzeugt sind, daß von der Zusammensetzung — wie sie auch gestaltet sein möge —

*) Vgl. die Leitartikel in Nr. 278 und Nr. 293 der B. B.-Z. aus der Feder des gleichen Verfassers.